

15./XI. 1918

Die Staatswirtschaft Deutsch- österreichs.

Eine Kundgebung des Staatsrates.

Der Staatsrat hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Kundgebung beschlossen:

Die finanziellen Verhältnisse, die der Krieg hinterlassen hat, machen eine Anleihe unvermeidlich. Der deutschösterreichische Staatsrat wird sich daher in den nächsten Tagen mit der Aufforderung an unser Volk wenden, dem neuen Freistaate die Mittel für die dringendsten außerordentlichen Erfordernisse der Uebergangszeit durch eine Anleihe zu gewähren.

Um jedoch der verhängnisvollen Schuldenwirtschaft ein Ende zu machen, wird der Staatsrat sofort die Erschließung neuer Einnahmequellen vorschlagen. Soziale Fürsorge, Schonung der Winderbemittelten und Rücksicht auf das Gedeihen der Produktion werden ihm dabei leiten.

Die nächste finanzielle Aufgabe, gleichzeitig aber auch die patriotische Pflicht, erfordern die ungesäumte Entrichtung der schon bestehenden Steuern mögen sie vorgeschrieben sein oder nicht. Unsere Mitbürger wissen, daß alle ihre Leistungen einzig und allein den Bedürfnissen des deutschösterreichischen Staates zugeführt werden. Sie wissen, daß die Bedürfnisse sich vervielfacht haben, sie können aber auch versichert sein, daß nur Ausgaben gemacht werden, die unvermeidlich sind. Nicht Zwangsmittel sollen abgewartet, sondern frei und reich soll das getan werden, was das Vaterland braucht!

In der vorstehenden Kundgebung des Staatsrates wird die Erschließung neuer Einnahmequellen angekündigt. Zu diesen neuen Einnahmen soll eine Erhöhung der Erbschaften und vor allem eine Vermögensabgabe, deren Entwurf schon in der allernächsten Zeit vorgelegt werden wird, gehören.

Wie wir hören, soll die erste deutschösterreichische Staatsanleihe bereits gegen Ende

November zur Zeichnung aufgelegt werden. Ueber ihre voraussichtlichen Bedingungen konnten wir bereits vor einiger Zeit mitteilen, daß vierprozentige Schatzscheine, die nach zwei Jahren rückzahlbar sind, zur Begebung gelangen dürften.

Der Finanzausschuß der Nationalversammlung hielt unter dem Voritze des Obmannes Hummer und in Anwesenheit des Staatssekretärs für Finanzen Dr. Steinwender eine Sitzung ab, in welcher Staatssekretär Dr. Steinwender ein Exposé über den künftigen Geldbedarf des Staates und seine Bedeckung hielt. In der Sitzung wurde die finanzielle Seite der Sachdemobilisierung erörtert, wobei Abg. Kraft durch Vorlage eines umfassenden Ziffernmateriäls auf die außerordentliche finanzielle Bedeutung der Sachdemobilisierung hinwies. Die Abgeordneten Kraft, Schiegl, Dr. v. Oberleitner und Hummer erörterten das Staatsschulden- und Bankproblem.